

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

91 (20.4.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelergemal 20 J. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 7/8—1/2 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 60 J., auswärts 70 J. Die 2spaltige 2.50 M. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die deutsche Note wegen der Einwohnerwehren.

Berlin, 20. April. Die deutsche Regierung hat an den Vorsitzenden der interalliierten Ueberwachungskommission für das Ruhrgebiet eine Note gerichtet, in der sie betont, daß die Entente nach dem 12. März über die Einwohnerwehren von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht. Die Einwohnerwehren seien in den Wirren des vorigen Jahres zu dem Zwecke gegründet worden, durch Unterstützung der militärischen Kräfte in Verbindung mit den berufsmäßigen Polizeibehörden die Heimat vor vollständiger Auflösung der Ordnung zu bewahren. Bei Gründung wie auch bei Ausbau der Einrichtung sei der Gedanke an die Verwendung zu militärischen Zwecken ausgeschlossen gewesen. Die Möglichkeit, daß die Einwohnerwehren einer durch den Friedensvertrag bedingten Mobilisation Vorschub leisten könnten, sei schon deshalb nicht vorhanden, weil die Organisation des einzelnen Zusammenstoßes von Reichswehrtruppen entbehrt. Die Einwohnerwehren hätten zweifellos dazu beigetragen, die allgemeine Sicherheit in Deutschland zu bewahren und in den Monaten der letzten Wochen große Vermögenswerte vor der Verwüstung bewahrt. Der Nutzen der Einwohnerwehren habe aber auch im Auslandes volles Verständnis gefunden. Die deutsche Regierung habe daher keinen Anlaß gehabt, die Bildung der Einwohnerwehren vor der interalliierten Kommission zu verheimlichen und lediglich dem unter Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse aufgetriebenen Druck weisend habe sie sich zur Auflösung der Wehren in ihrer jetzigen Form entschlossen. Die deutsche Regierung vermag aber nicht anzuerkennen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages sie zwingt, der Bevölkerung jede Möglichkeit des bis auf weiteres unbedingt nötigen Selbstschutzes zu verweigern. Die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sei die Hauptvoraussetzung dafür, daß den Bedingungen des Friedensvertrages nachgekommen werden könne, und es werde geprüft werden, welche zulässigen Einrichtungen weiterhin diesem Zwecke dienen könnten unter Wahrung ihres totalen Schutzcharakters und Vermeidung jeder militärischen Organisation und Ausbildung.

Die schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet“ schreibt: Die deutsche Regierung kann das weisliche Industriegebiet nicht sich selbst überlassen. Die Auflösung der Einwohnerwehren ist ausgeschlossen. Schon der Versuch, die Einwohnerwehren aufzulösen, löst auf Widerstand. Die Frage der Entlassung Deutschlands wird für die wichtigste auf der Entente-Konferenz in San Remo. Nur Frankreich sind die Militären wenig an der Sache interessiert. Von diesem Standpunkte aus ist der Wiederanbau Europas weitaus wichtiger. Frankreichs Forderungen einer Entlassung der Reichswehr und der Einwohnerwehren sind darauf zurückzuführen, daß durch sie der Fortbestand der gegenwärtigen deutschen Zentralmacht ermöglicht wird, während die französische Politik die Zerstörung Deutschlands anstrebt.

Zurückziehung der Reichswehr aus dem Ruhrgebiet. — Demokratische Umformung der Sicherheitspolizei.

Berlin, 20. April. Der Minister des Innern Severing erklärte einem Mitarbeiter der „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“, die Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet habe bereits begonnen. Er sagte, Ertrag werde, wo es besonders erforderlich erscheint, von der grünen Polizei gestellt. Er hält es für das zweckmäßigste, wenn bald eine Vermehrung der Sicherheitspolizei erfolge. Gleichzeitig mit der Vermehrung müsse eine wirkliche demokratische Reorganisation der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Die ersten Schritte dazu seien getan. Die kompromittierten Führer der Abteilungen und Funktionäre würden unannahmlich entfernt werden. Tüchtige Beamten in Unteroffiziersrang würden befördert. Den Abteilungsstellen würden Zivilkommissare beigegeben werden. Schließlich teilte der Minister mit, daß das Ergebnis der Waffenablieferung bisher sehr unbefriedigend sei.

Beginnende Räumung der besetzten Mainstädte.

Paris, 20. April. Der „Matin“ meldet aus Frankfurt a. M.: Die französische Kavallerie in der Zone, die sich vor dem Rückzug von Mainz ausdehnt, ist zurückgezogen. Ueberall nimmt man Anzeichen davon wahr, daß die Franzosen den Rückzug antreten. Der nach San Remo gereiste politische Mitarbeiter des „Echo de Paris“ meldet, die französische Regierung sei gebunden durch das Lord Derby gegebene Versprechen, die französischen Truppen würden den Maingau an dem Tag räumen, an dem die deutschen Truppen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden.

Zurückziehung der amerikanischen Truppen?

Koblenz, 19. April. Die hiesige amerikanische Zeitung „Amaroc“ meldet aus Washington, der Vorsitzende des Ausschusses für militärische Angelegenheiten, Kahn, habe im Repräsentantenhaus erklärt, die deutsche Regierung sei nicht in der Lage, die Kosten der Unterhaltung für die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein weiter zu tragen. Diese Erklärung habe eine lebhaft besprochene Angelegenheit nach sich gezogen. Das Kriegsdepartement dürfe vielleicht dadurch betraugt werden, die Verwendung amerikanischer Truppen am Rhein aufzugeben und sie zurückzuziehen.

Eisenbahnerstreik in Oesterreich.

Wien, 20. April. Die Streiklage auf den Eisenbahnen ist sehr brennend. Die Regierung verhandelte gestern den ganzen Tag mit den Gruppen der Ausständigen, aber bisher erfolglos. Ein Aufruf der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskommission der Gewerkschaft der Eisenbahner gibt bekannt, daß nur eine kleine Gruppe Eisenbahner in Wien und den nächsten Stationen den Streik nicht abbrechen will. Da es in den nächsten Tagen in Wien und in allen österreichischen Industriestädten an Brot fehlen würde, wenn diese Gruppe ihren Willen durchsetzt, werden die Lebensmittelzüge unter Bewachung nach Wien geleitet werden.

Sieg der Arbeiter in Oberschlesien.

Die interalliierte Kommission gibt nach. Breslau, 20. April. Die interalliierte Regierungskommission in Opatowitz teilt dem scheidenden Nachrichtenamt mit: In einigen Zeitungen wurde in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet, daß die interalliierte Regierungskommission für Oberschlesien beschlossen hätte, das Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes zu verhindern. Dies ist nicht der Fall. Soweit diese Frage erörtert worden ist, hat die interalliierte Regierungskommission sich ihr gewidmet, ohne sich dafür oder dagegen auszusprechen und die Erklärung abgegeben, daß sie erst nach genauer Untersuchung in der Lage sein werde, einen Beschluß für diese wie für andere Fragen zu fassen. Die interalliierte Regierungskommission hat jetzt beschlossen, daß das Betriebsrätegesetz in Kraft zu treten hat. Breslau, 20. April. Der endgültige Termin für die Wahlen des Betriebsrätegesetzes in Oberschlesien wird noch bekannt gegeben werden. Damit hat der Kampf der ober-schlesischen Arbeiterschaft mit einem vollen Siege geendet. Die Generalstreikandrohung wird also nicht zur Ausführung kommen.

Vorgehen der Arbeiter gegen polnische Hebe.

Aus Berlin wird berichtet: Das polnische Plebiszit-Kommissariat für Schlesien, geleitet von Korfanty, und sämtliche polnische Parteien haben sich in einem in deutscher und polnischer Sprache gehaltenen Flugblatt vom 16. April für die Maßnahmen der Entente in Oberschlesien eingesetzt und in heftiger Weise gegen das deutsche Vorgehen Stellung genommen. Der Aufruf enthält außer einer großen Anzahl von Tatsachenaussagen auch mehrere offenbare Lügen, deren Falschheit allerdings sehr eindeutig ist. Sämtliche deutsche Arbeiterorganisationen haben in einem Gegenauftrag dazu Stellung genommen, in dem die polnische Methode der bewußten Fälschung aufs schärfste verurteilt wird.

Beginn der Friedenskonferenz in San Remo.

Berlin, 20. April. Die Friedenskonferenz trat gestern vormittag 11 Uhr zusammen, um zunächst den Friedensvertrag mit der Türkei zu beraten. Es wurde beschlossen, die türkische Delegation für den 10. Mai nach Paris zu berufen zur Entgegennahme des Textes des Friedensvertrages. — In der Nachmittagssitzung beriet der Oberste Rat über den Entwurf einer Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson und nahm hierauf die Prüfung der finanziellen Klauseln des Friedensvertrages mit der Türkei in Angriff.

Die neue deutsche Politik im gemischtsprachlichen Gebiet.

Berlin, 20. April. Die deutsche Regierung beschloß, sämtliche für Nordschleswig geltenden Gesetze und Verordnungen, die in Dänemark als gegen die Dänen gerichtet betrachtet werden, sowie solche Maßnahmen, die sich gegen Reichsdeutsche dänischer Gesinnung richten, aufzuheben. Die im Reichsgebiet verbleibenden dänischen Minderheiten sollen einen wirklich weitgehenden Schutz erhalten, namentlich in kultureller Beziehung.

Der 1. Mai in Belgien.

Brüssel, 20. April. Der Landesverband der Staatsbeamten hat beschlossen, zum Protest gegen das Gelingen am 1. Mai einen allfälligen Streik anzukündigen. Den Vätern zufolge hat der Eisenbahnminister den 1. Mai als Feiertag bestimmt.

Berücksichtigte Ueberwachung Wilhelms des Letzten.

London, 20. April. Im Unterhaus wies Bonar Law in Verantwortung einer Anfrage betreffend den früheren deutschen Kaiser auf den Notenwechsel zwischen den Alliierten und Holland hin und erklärte, Holland habe sich verpflichtet, den Kaiser zu überwachen und seine Korrespondenz und seine Beziehungen zur Außenwelt zu kontrollieren. Es habe ihm zu diesem Zwecke einen Wohnsitz in der Provinz Utrecht angewiesen.

Parteiabkommen in Sachsen.

Berlin, 19. April. Bei den Besprechungen der beiden sozialdemokratischen Parteien im Freistaat Sachsen ist eine Vereinbarung auf der Grundlage zustande gekommen, daß die Unabhängigen zwar es ablehnen, in ein Koalitionsministerium einzutreten, bei den Wahlen aber unbedingt mit den Mehrheitssozialisten zusammenzugehen wollen. Beide Parteien hoffen auf diese Weise eine sozialistische Landtagsmehrheit zu erzielen und dann ein sozialistisches Kabinett auf parlamentarischer Grundlage zu bilden.

Berliner Gastwirtsgehilfenstreik.

Berlin, 19. April. Zum Streik der Berliner Gastwirtsangehörigen berichten die Blätter, daß gestern mittag 20 000 Angestellte in den Ausstand traten, daß aber schon im Laufe des Tages rund 10 000 Angestellte ihre Forderungen bewilligt erhielten. Trotdem sind noch eine große Anzahl Berliner Gasthöfe und Wirtschaften völlig stillgelegt.

Händlerhauptmann Hölz.

Aus Dresden wird dem „Berl. Lokalan.“ mitgeteilt, daß eine in Geger eingetretene sächsische Kommission Hölz als den Händlerhauptmann von Falkenstein identifiziert hat. Das „Berl. Tagbl.“ meldet, daß die sächsische Regierung das Auslieferungsgesuch gegen Hölz bei der tschechoslowakischen Regierung gestellt hat.

Der Wahlaufbruch der Demokraten.

Auch die Deutsche demokratische Partei ist nunmehr mit einem Wahlaufbruch in die Wahlbewegung eingetreten. Wir benehmen ein klares Bekenntnis zur Demokratie und zur Notwendigkeit und Nützlichkeit der bisherigen Koalitionsbildung. Das entspricht ganz unserer Auffassung, nur daß wir nicht nur, wie die Demokraten die Demokratie national abgefaßt, sondern international und sozialistisch fortentwickelt haben wollen. Aber Demokratie auf alle Fälle und unter allen Umständen! Wenn der Aufruf es befragt, daß die Koalition den Demokraten Opfer auferlegt habe, so teilen sie naturgemäß das Los der beiden anderen Koalitionsparteien, die ebenfalls Opfer bringen mußten. Und nur die gewaltige Größe der Aufgabe und der Pflicht, die die Koalitionsparteien im Interesse des gesamten deutschen Volkes zu erfüllen hatten, ließ die manchmal recht schweren Opfer, die innerhalb der Koalitionspolitik gebracht werden mußten, ertragen. Wir haben die Koalition mit dem Zentrum und mit den Demokraten niemals als eine an sich erstrebenswerte Sache gehalten, sondern sie stets nur als eine unter dem Zwange der Verhältnisse geschaffene und gebotene Notwendigkeit betrachtet. Und es ist für uns deshalb ganz selbstverständlich, was der Wahlaufbruch der Demokraten betont, daß wir niemals „die tiefgreifenden Unterschieden vergesen und verwischen“ wollen, die uns von den beiden anderen Koalitionsparteien trennen, ja jede der Koalitionsparteien von der anderen trennt.

Uns wäre natürlich eine sozialistische Mehrheit, die stärker sozialistische Politik treiben könnte auf demokratischer Grundlage, unendlich viel wertvoller und lieber als die demokratische Politik, die wir mit den bürgerlichen Demokraten und besonders mit dem Zentrum treiben müssen. Aber, eine sozialistische Mehrheit haben wir nicht und — werden sie u. E. auch im neuen Reichstag nicht haben. Die bevorstehenden ungeheuren Aufgaben erfordern neben dem dringend gebotenen demokratischen Ausbau des Staatswesens eine feste und in den Hauptaufgaben sichere Mehrheit. Nichts wäre für Deutschland in absehbarer Zeit schädlicher, als Mehrheiten von Fall zu Fall also Mehrheiten, die das einmal mit Hilfe der äußersten Rechten, das anderemal mit Hilfe der äußersten Linken gebildet werden müßten, nur um die Parlamentsmaschine nicht ins Stocken geraten zu lassen. So werden also, sofern nicht die Wahlen ganz unübersehbare Verschiebungen bringen sollten, die heutigen Koalitionsparteien wiederum die Mehrheitsbildung versuchen und, wenn möglich, durchführen müssen. Ausgeschlossen unter allen Umständen müssen davon die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei bleiben.

Der Zugang der Unabhängigen zur Koalition würde ihre Tragkraft natürlich erhöhen, aber, solange die bekannten Leipziger Parteitagbeschlüsse nicht aufgegeben sind, können die Unabhängigen nicht demokratische Politik mitmachen, da sie ja auf die Diktatur programmatisch verpflichtet sind. Ob innerhalb der unabhängigen Partei nach den Wahlen die unvermeidliche Klärung so rasch kommen wird, daß die Unabhängigen im neuen Reichstag für eine positive Politik nutzbar gemacht werden können, steht doch noch dahin. Sollten z. B. die Spartakisten nur einige Mandate erhalten, so würde die geradezu flavische Angst, die die Unabhängigen vor der Konkurrenz von links haben, sie aufs neue in die unfruchtbare Demonstrations- und Agitationspolitik hineintreiben. Das ist zu bedauern, aber es ist zwecklos, Tatsachen sentimental betrachten und werten zu wollen.

Der demokratische Wahlaufbruch rechnet mit einer ebenbürtigen Fortleitung der Koalitionspolitik. Bei einem Teile des Zentrums dürfte daselbe der Fall sein. Aber, wir wissen, daß einflußreiche Kreise des Zentrums einer Orientierung nach rechts zustreben und heute ist ganz unübersehbar, welcher dieser beiden Teile nach den Wahlen der stärkere sein wird. Eine entscheidende Verstärkung des rechten Flügels des Zentrums würde selbstverständlich die Fortsetzung der Koalitionsbildung im bisherigen Maße unmöglich machen und dann besonders die Demokraten vor eine recht schwierige Frage und Situation stellen, falls die Demokraten wieder in ansehnlicher Stärke in den neuen Reichstag zurückkehren sollten. Für die Sozialdemokratie würde eine nach rechts gerichtete Orientierung des Zentrums und damit eine andere Koalitionsbildung parteipolitisch eine große Erschütterung bedeuten, indem die Sozialdemokratie in die Oppositionskellung einrücken würde und müßte. Ohne schmerz innere Erschütterungen könnte das aber u. E. kaum von statten gehen und eine solche Erschütterung würde die schwer gefährdete wirtschaftliche Situation Deutschlands und des deutschen Volkes nur unter ganz erheblichen Schädigungen ertragen können. Diese dem so hart geprüften Volke nach Möglichkeit zu ersparen, es, was immer noch droht, vor dem Chaos zu bewahren, das war für die Sozialdemokratie ausschlaggebend bei der Koalitionspolitik. Wir halten sie daher auch im neuen Parlament für erforderlich, ohne ihre schweren Mängel in geringsten zu verkennen.

Aber, darüber dürfen sich die beiden anderen bisherigen Koalitionsparteien nicht täuschen. Vor allem gilt das den

Verufsberatung der Kriegsbeschädigten.

Am Freitag nahm der auf Veranlassung des Landesgewerbeamtes in Eittingen stattgefundene Kurs der Verufsberatung für Kriegsbeschädigte ein Ende. Die Kursteilnehmer waren in der Hauptsache Gewerbeleiter, Fürsorge- und Arbeitsnachweishelfer und Vertreter der Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften. Die Leitung des Kurses war in den bewährten Händen des Herrn Prof. Rinde, des Leiters der Kriegsbeschädigtenfürsorge am Referat für Eittingen. Die Organisation des Kurses übernahm Herr Dr. Reife-Eittingen. Die Anforderungen an die Verufsberatung präzisieren in einem längeren Referat mit großer Sachkenntnis der 1. Gauvorsitzende des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Herr Oberle-Karlsruhe, Herr Prof. Dr. Franz Achem, ein bewährter Chirurg, machte interessante Ausführungen über die Stellungsmöglichkeiten Schwerbeschädigter. Die Heilfürsorge für innerlich Kranke (z. B. Tuberkulose) wurde von Prof. Dr. Frankel-Heidelberg, einer Autorität auf diesem Gebiet, behandelt. Seine Ausführungen war zu entnehmen, daß Lungentränke, die reinlich sind, für ihre Umgebung keine Gefahr darstellen. Schwere körperliche Arbeiten dürfen Gefährdung darstellen. Schwere körperliche Arbeiten dürfen Gefährdung darstellen. Schwere körperliche Arbeiten dürfen Gefährdung darstellen.

15 M für das Grab eines Erwachsenen und auf 10 M für das Grab eines Kindes. — Beschlossen wird die Wiederherstellung der durch Hochwasser zerstörten Mauer der Lohsbach längs des Gehwegs der Hälfte der Kosten. — Den Schülerinnen aus Sandmeier und Hauenerstein wird die Mitbenützung der hiesigen Schulfächer gegen entsprechende Vergütung gestattet. — Den hiesigen Küfern wird das nötige Bedarfsholz aus dem Gemeindefeld zugesichert. — Beschlossen wird die Errichtung einer nächsten Bürgerausschussung wird festgesetzt auf Mittwoch den 21. ds. Mts., nachmittags 17 Uhr. Vor der Sitzung findet Wahl eines Stellvertreters in der Gemeinderat werden eine Anzahl Gemeindegremien nachweise überlassen. — Nachdem sich geeignete Personen für die Übernahme des Dienstes als Gärtnerei nicht gemeldet haben, wird von der Errichtung einer Gärtnerei abgesehen. — In der Schulbuchabgabe werden. — In der Schulbuchabgabe werden. — In der Schulbuchabgabe werden.

garn, Bulgarien und der Türkei, sowie Besichtigungen, die früher Deutschland oder seinen Verbündeten gehört haben oder in Deutschland 1920 beim Vob. Verwaltungshof in Karlsruhe einzureichen sind. — Verbot der Abschachtung von Ziegen. Die Karlsruher Ziegenweiser weisen darauf hin, daß mit Rücksicht auf die Milchproduktion ein Verbot des Schlachtens und des Verkaufs der weiblichen Ziegen jeglichen Alters zu Schlachtmengen besteht. Ausnahmen von dem Verbot können vom Bezirksamt zugelassen werden.

Fremdenverkehr.

Man schreibt uns: Die Bedeutung des Fremdenverkehrs wird z. T. nirgends mehr erkannt, als in den im Krieg gegen uns verbündeten Ländern, hauptsächlich Frankreich, Italien und Belgien. Auch die neutrale Schweiz macht alle Anstrengungen, den breitesten Schichten ihres Volkes die Notwendigkeit des Fremdenverkehrs vor Augen zu führen. Nur in Deutschland ist die Erkenntnis noch nicht in dem Maße allgemeiner, wie es der wirtschaftliche Wiederaufbau des Reiches und seiner einzelnen davon besonders berührten Gliedstaaten erfordert. Die durch den Krieg entstandene allgemeine Ernährungs- und Wohnungsnot hat es sogar soweit gebracht, daß ein großer Teil des deutschen Volkes in dem Fremdenverkehr einen Teil der Ursachen dieser Noz erblickt. Es erklärt sich dies zum Teil daraus, daß unter den Fremden vielfach Elemente waren, die während der allgemeinen Lebensnot in Deutschland auf die verschiedenste Weise nicht nur für sich und ihre Familien Lebensmittel zu für den Arbeiter und Festbesoldeten unerschwinglichen Preisen auf dem Lande und Produzenten aufkauften, sondern auch noch reichlich Schiebergeschäfte damit trieben. Dies trat allmählich zu einer gewaltigen Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel bei; es war aber nicht allein Schuld an der allgemeinen Teuerung. Die Notwendigkeit des Bezuges eines großen Teiles der wichtigsten Lebensmittel aus dem Ausland ist bei dem niedrigen Stand der Valuta eine Hauptursache der Teuerung.

Diese Tatsachen stehen aber in keinem Vergleich zu dem ungleich höheren Verlusten, unter denen das gesamte Volk durch die Einschränkung des Fremdenverkehrs zu leiden hat, und noch mehr leiden wird, wenn hier nicht neue Wege beschritten werden. Vor allem muß daran gedacht werden, daß bei den ungenutzten hohen Betriebswerten der Fremdenindustrie (in Baden allein sind darin weit mehr als 1/2 Milliarden investiert) nicht nur viel Steuerkraft verloren geht, sondern auch ein großer Teil von Angestellten drohtlos wird. Auf der anderen Seite ist nichts mehr geeignet, von unserem dem Ausland zuzuführenden Geld einen großen Teil wieder zurückzuführen, als gerade durch den Fremdenverkehr. Je mehr der Fremdenverkehr wieder ausgebaut wird, und das Ausland sich wieder bei uns einfindet, umso besser.

Um aber einen Fremdenverkehr zu ermöglichen, ist vor allem Wiederaufbau unserer Verkehrsmittel Grundbedingung. Die übrigen Grundbedingungen sind gegeben. Sanatorien sind in städtischer Anzahl vorhanden. Die natürlichen Schönheiten des Reiches, besonders das Oberrheinische Land, mit an der Spitze. Hygienische Einrichtungen hat bald die entlegene Erholungsstätte. Überall ein geschultes und zuverlässiges Personal. Der Stand der Valuta wird gerade im kommenden Sommer viele Auslandsdeutsche und Ausländer zum Besuch des armen Deutschlands aus verschiedenen Gründen und auch aus Neugierde aus der Fremde herbeiziehen lassen wir das Hotelgewerbe sorgen. Es wird durch seine vorzüglichen Beziehungen zum Ausland die zur Beherbergung der Fremden notwendigen Quellen wieder finden. Die dem Ausland auf diese Weise zuzuführenden Gelder werden nach Verarbeitung der Rohstoffe mit entsprechenden Gewinnen wieder zurückfließen. Ein großer Teil der Fremdenindustrie wird wieder beschäftigt finden. Der Ausländer wird dann der beste Propagandist für Deutschland im Ausland werden. Jene Jense aber, die unaufhörlich den Hof gegen Deutschland predigen, werden die Früchte ihrer bösen Saat vielleicht nur zu bald aufgehen sehen. Karl Rißner.

Kleine Nachrichten.

Saarbrücken, 18. April. Die von der S. P. D. und U. S. D. beabsichtigte Einigung in eine sozialistische Partei des Saargebietes ist nicht zustande gekommen, weil über die theoretischen und organisatorischen Fragen zwischen den beiderseitigen Parteirepresenten trotz mehrfacher Verhandlungen keine Einigung erzielt werden konnte.

Bern, 18. April. Der Zentralrat der sozialistischen Partei der Schweiz hat mit 20 gegen 18 Stimmen den Beitritt zur dritten Internationalen genehmigt.

Stockholm, 19. April. „Stockholms Tidningen“ erzählt, daß sich 6000 schwedische Metallarbeiter bereit erklärt haben, in Rußland Arbeit zu nehmen. Eine Kommission soll sich noch diese Woche nach der Grenze begeben, um die Ansichten an Ort und Stelle zu untersuchen.

Brüssel, 18. April. Das Schwurgericht hat 11 Akkordisten in contumaciam zum Tode verurteilt. Vier von ihnen haben dem flandrischen Kate angehört.

Neuwied, 19. April. Im Westen der Vereinigten Staaten haben die Eisenbahnen die Arbeit fast ganz wieder aufgenommen. Aus dem Osten melden die Gesellschaften, daß der Reisendenverkehr wieder beinahe normal ist. In Chicago haben die Streikenden unter Androhung der Ausschließung aus den Gewerkschaften von diesen den Befehl erhalten, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Aus dem Lande.

1. Unterwiesheim, 19. April. Kürzlich wurden einem Arbeiter und dessen Karte nachts je ein Kautschukstempel gestohlen. Es ist wirklich traurig bestellt, wenn einem Arbeiter, der sich seine fauer verdienten paar Mark zusammengepari hat, um ein Schwein sich großzügig zu leisten, damit er bis zum Winter auch etwas zum Essen hat, auf solche gemeine Weise um seine Hoffnung betrogen wird. Wir hoffen, daß der oder die Gauner bald gefaßt werden und ihnen ein gehöriger Denkzettel verabfolgt wird.

2. Sulzfeld, 17. April. Gendarmen stellten fest, daß in einem Waldstück unter Dürren Partoffeln verborgen waren. Außerdem wurden noch fünf Zentner Gerste und zwei Zentner Weizen festgestellt. Die Frucht wurde beschlagnahmt. Die Nahrungsmittel waren für die Kantine der Badischen Siedlungs- und Landbank in Eittingen bei Forstheim bestimmt. Bei dem Ankauf der Waren war der Höchstpreis bedeutend überschritten worden.

3. Mannheim, 17. April. Der Maimarkt (Minderdieh- und Pferdemarkt) muß wegen der Maul- und Klauenepidemie ausfallen.

4. Donaueschingen, 19. April. In der letzten Bürgerausschussung wurde ein Vergleich mit dem Stadtrechner M. o. r. a. f. über den Fall E. z. b. abgeschlossen. Wie in der Sitzung mitgeteilt wurde, haben die Unterschlagungen des Kassengehilfen Erb zum Schaden der Stadt Donaueschingen 91.208 M. betragen. Der Schuld der Geliebten des Erb, Frau Sängler, konnte für 31.050 M. verkauft werden. Durch Erlös aus Pachtmieten und durch Kautionsversicherungen wurden über 20.000 M. gedeckt, so daß die Gemeinde noch für ungefähr 40.000 M. aufzukommen hat. Stadtrechner M. o. r. a. f. hat sich zur Zahlung von 5000 M. bereit erklärt. Die Gemeinde verzichtet auf ein gerichtliches Vorgehen gegen ihn.

5. Walsdorf (W. Weinsheim), 19. April. Aus Rücksicht auf Strafe hat sich bei der hiesigen Station der Wägrige Schumacherlehrling Karl Peter Sauer von einem Eisenbahnzug überfahren lassen.

Die abgelieferten Pferde kommen, wie aus verschiedenen aus dem Lande vorliegenden Meldungen ersichtlich, wieder zurück. So sind die von Bezirk Neustadt i. Schw. an den Feindbund abgelieferten Pferde sämtlich ohne irgend eine Angabe der Gründe wieder zurückgeschickt worden; die acht von Stockach abgelieferten Pferde wurden bis auf eines zurückgemeldet und der Bezirk Weiskirch hat ebenfalls alle abgelieferten Pferde wieder erhalten. Auch von den aus dem Bezirk Donaueschingen abgelieferten Pferden wurden nur eines angenommen. Vielfach sind die Pferde in verunglücktem und verunreinigtem Zustand zurückgekommen.

Beteiligung an Auslandsunternehmungen. Von amtlicher Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anmeldungen über alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehörigen an Unternehmungen in Rußland, China, Oesterreich, Un-

Jugend und Sport.

Eine Jugend-Beizeitung.

Eine Jugend-Beizeitung gibt in diesem Jahre der Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands heraus. Der Inhalt ist besonders reichhaltig gestaltet und gut mit Illustrationen versehen. Der Verkaufspreis der achtseitigen Jugend-Beizeitung ist 50 Pfg. betragen, die Organisations- und Arbeiterjugendvereine erhalten die Beizeitung billiger. Bestellungen sind sofort an die Volksbuchhandlung Karlsruhe, Albrecht, 18, zu richten.

Gemeindepolitik.

Ein Gemeindefiskal in Unterwiesheim.

n. Unterwiesheim, 17. April. Das selbstherrliche Gebahren unseres Bürgermeisters hat nun im Gemeinderat zum offenen Konflikt geführt. Der Bürgermeister macht einfach, was er will, weshalb zwei Drittel der Gemeinderäte es angelehnt haben, mit ihm weiter zusammenzuarbeiten; die Gemeinderäte der sozialdemokratischen und konservativen Partei sind in den Streik getreten und haben beschlossen, nicht eher wieder das Rathaus zu betreten, bis der Bürgermeister seine Mandantur erledigt hat oder seine wässrigen Alleinherrscher-Ämtern ablegt. Es ist nun zunächst Pflicht der Staatsbehörde, eine Prüfung und Untersuchung vorzunehmen, die Gebude der Gemeinderäte ist zu Ende.

2. Berghausen, 16. April. Zweierlei Maß. Die tüchtige Mahnung im „Volksfreund“ an die Organisation der Bauern, zuerst einmal in eigenen Lager Umstich zu halten, bevor man den Städten wegen des Fleischbezugs Vorschriften machen und Reichsbeschlüsse erteilen will, war nur zu berechtigt. Auch hier ist es mit der Fleischwirtschaft der Bauern genau so, wie dort angedeutet. Nur ein Beispiel: Am Donnerstag vor Ostern begab sich ein armer Landwirt von hier, der drei Söhne im Feld hatte, wovon der letzte erst aus Gefangenschaft gekommen ist, dazu noch zwei Schwiegersöhne im Hause, nach Durlach zum Kommunallager, um sich die Erlaubnis zum Schlachten eines Kalbes zu holen; die Hälfte des Fleisches wollte er für sich behalten — so erklärte er —, die andere Hälfte wollte er aushauen für die arme Bevölkerung, die nicht selbst schlachten kann. Das Gesuch wurde ihm aber abgelehnt. Der Landwirt fragte dann im Anschluß hieran an, warum man denn dem ehemaligen Bürgermeister Benz die Erlaubnis gegeben habe, ein Kind von vier Zentnern zu schlachten? Er erhielt die Antwort, es sei gerade im Augenblick der Nachtmesser geschickt worden, um das Kind zu beschlagnahmen. Der Landwirt begnügte sich mit dieser Auskunft. Als er nach Hause kam, ging er sofort aufs Rathaus zum Lebensmittelamt und fragte, ob das Kind jetzt beschlagnahmt sei. Er erhielt zur Antwort, daß dies nicht geschehen sei. Wie reimt sich nun das zusammen? Hat denn der reiche Bauer sein Kind nötiger wie der arme Bauer sein Kalb? Ist das nicht offenbar Ungerechtigkeit, wenn auf der einen Seite dem armen Mann sein halbes Kalb genommen wird, dem patriotischen ehemaligen Bürgermeister aber ein ganzes Kind belassen wird? Die notleidende Bevölkerung verwahrt sich gegen solche Ungerechtigkeiten, sie verlangt unbedingt Prüfung der Angelegenheit und Schaffung von Abhilfe.

3. Doh, 12. April. Aus dem Gemeinderat am 7. April. Der Ortsausschuß für Lebensmittel wird durch ein weiteres Mitglied ergänzt. — Das Gesuch der Wwe. Herrmann in Sandweier um Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft „Hotel Golf“ wird dem Bezirksamt vorgelegt. Die Bedürfnisfrage wurde verneint. — Auf die Beschwerde des Herrn Vertreters des Nebenorts Dosscheuern bezüglich der mangelhaften Broterzeugung Dosscheuern in der Osterwoche werden energische Vorstellungen bei den zuständigen Behörden beschlossen. — Die Luftbarkeitssteuer-Ordnung soll ab 1. Juni ds. J. in Wirksamkeit treten nach Eingeholung der Zustimmung des Bürgerausschusses und der Staatsgenehmigung. — Das Hausanwesen der Fr. Schmalbach Erben soll käuflich erworben werden. — Zur Vorprüfung der Personalfragen wird eine ständige Personalkommission gebildet. — Die Gebühren des Totengräbers für Erstellung der Gräber werden erhöht auf

Durlach.

Aus dem Gemeinderat. Der Brotpreis wird für den großen Laib auf 3 M., den kleinen 1.50 M. festgesetzt. Auf Reifebrotmarken darf nur mit Genehmigung des Kommunalverbandes Brot abgegeben werden. — Die Gemeinde Grödingen ist mit dem festgesetzten Gaspreis einverstanden. Der Preis für Motorenöl bleibt der alte. Der neu aufzustellende Gasbehälter soll mit Gaszifferblatt versehen werden, das elektrisch beleuchtet wird; außerdem sollen an beschriebenen Stellen im Gaswerk elektrische Vogenlampen aufgestellt werden. Aufwand 20.000 M. Die Nebenerzeugnisse des Gaswerks werden an eine Mannheimer Firma abgegeben. Der Gaspreis wird von 20 M. auf 23 M. erhöht. Die Festsetzung des Gaspreises wird ausgesetzt. Der Platz, auf dem der neue Gasbehälter aufgestellt werden soll, soll beschlagnahmt werden. — In der Post- und Friedhofstraße muß das Postfach verlegt werden. Die Kosten für Aufgrabung und Wiederherstellung fallen der Post anheim. — Mit der Betriebsgesellschaft wird ein Abkommen getroffen betreffs der Plätze, auf dem die Müllwagen stehen. Für die Heben auf dem Viehmarkt während den Paraden wird der Viehpreis festgesetzt. — Der Pächter für das von der Stadt an die Firma Eitinger u. Herrmann verpachtete Gelände wird auf 675 M. festgesetzt. — Die in letzter Zeit vom Bürgerausschuß bewilligten Mittel in Höhe von 3-3 1/2 Millionen Mark sollen bei der Giro-Zentrale Mannheim aufgenommen werden. — Die Friedhofskommission erstattet Bericht über die Neugestaltung der Friedhofsanordnung. Die Höhe der Satzpreise stellt der Gemeinderat fest. Die Bezeichnung Armenstraße fällt weg. Die Neuregelung der Gebühren des Leichenpersonals sieht eine 100prozentige Erhöhung vor. Ein neuer Kinderleichenwagen soll beschafft werden. Die Friedhofskommission wird durch Gemeinderat Lindner ergänzt. — Ein Gesuch um einen Staatszuschuß zur Vermittlungsfreiheit soll abgelehnt werden. — Ein Antrag soll Zulassung hier finden, derselbe soll auch im städtischen Krankenhaus zugelassen werden. Es werden Preise aufgestellt, für Zulassung von Schaustellungen. Denselben wird der Viehmarkt als einziger Platz zugewiesen. — Dem Müller Steinle, dem die Überzahlung übertragen ist, wird für den ersten Eber 600 M. für einen zweiten 500 M. händischer Zuschuß bewilligt. Sprunggeld 10 M. — Einem Gesuch des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten um Erlassung der Luftbarkeitssteuer wird stattgegeben. Dasselbe Gesuch des Sängerbund „Vormärts“ wird abgelehnt. Ein Gesuch um Erlassung der Hundsteuer wird abgelehnt. Ein Gesuch um Überlassung von Rußholz an eine Kommision abgelehnt. — Die Schulärzte erhalten von nun an für jedes Kind statt 50 T. 3 Entschädigung. — Als Sommerferienort wird dem Wehrgemeinderat Wälder der Rintheimer Grenzplatz zugewiesen. — Der Holzmaacherlohn für das Bürgerholz beträgt 70 M. Die Entschädigung der Bürger für 4 Eier Holz beträgt 152 M. — Das schon im Dezember erwartete Mehl ist endlich eingetroffen. — Die bestellten Saatartoffeln sind in nächster Zeit bestimmt zu erwarten. — Die Milchversorgung hauptsächlich aus dem Eitenheimer Bezirk ist sehr schlecht. Es soll nach dort eine Nachbahrungsmannschaft gelegt werden, auf Kosten der fünfzigsten Gemeinden. — Dem Verpächter der Viehzentrale wird auf den bestehenden Mietzins von 1200 M. eine 20%ige Erhöhung bewilligt.

Spezial-Strumpf-Haus

Grösste Auswahl zu mässigen Preisen

Rudolf Wieser
Kaiserstrasse 153.



Grammophon-Platten
neueste Aufnahmen

Apparate von Mk. 290.-
in grosser Auswahl

Offizielle Verkaufsstelle der
Deutschen Grammophon-A.G.
Kaiserstrasse 176 — Eckhaus Hirschstrasse.



Phorosan-Heilanstalt für Haut- und Geschlechts-Kranke
Karlsruhe, Kaiserstrasse 91, 3. St.

Aerztliche Leitung: Dr. med. v. Asten.

Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren. Heilung ohne Berufsstörung in kürzester Zeit möglich.

Prospekte u. Broschüren zur Verfügung.
Sprechstunden: 1/211—1/216 Uhr.
Sonntags 10—1 Uhr.
Getrennte Wartezimmer!

Verloren.
Typographia-Ball
od. Nachhauseweg Ritter-
krenz b. Jähr. 20 W. u. u.
Da Kriegs-Ausgleichung
verloren. Kundent.
Gegen gute Belohnung
abzugeben. 3040
Chormeister Rehnhaus,
Rappertstr. 29 b.

Darlehen
bei Möbelführer ver-
langen Sie durch Karl
Keremann, Karlsruhe,
Blumenstr. 12. Tel. 3969.
Sprechzeit tägl. nachmitt.

Fremdenzimmer
einfach, weis, ver-
kauft preiswert
H. Guggenheim
Kun- u. Verkaufsgeschäft
Kartgrafenstr. 25
Telef. 4971

ALUMINIUM

Kochgeschirre und Haus-
haltungs-Gegenstände

sind die besten und dauerhaftesten
der Gegenwart. — Hygienisch ein-
wandfrei. — Keine schädlichen Ver-
bindungen wie bei Kupfer, Messing
etc. — Keine gefährlichen Spalt-
stellen wie bei Emaille.

Sie kaufen vorteilhaft im
**Aluminium-Spezial-
Geschäft von G. Nürnberg**
KARLSRUHE L. B., Waldstrasse 26
neben Residenz-Kino. 2645



**Reisekoffer
Handkoffer
Reise taschen**

in Rindleder, Segeltuch, Lederersatz

Leopold Wohlschlegel
Luxuswaren Lederwaren Haushaltartikel
Kaiserstrasse 173.



**Großer Preisabschlag in
Räucherwaren**
frisch vom Räucherofen. 3030
Fr. Argus & Co.
Räucherwaren en gros
Karlsruhe Schützenstr. 22
Telephon 3051.

**Haus- und
Küchen-Mädchen
gesucht.**
für Wirtschaftsbetrieb
zum sofortigen Eintritt 862
Lohn Mk. 125.- bei freier Station.

Städt. Arbeitsamt
Fachabt. für das Hotel- und Wirt.-Gewerbe
Zähringerstrasse Nr. 98 (Erdgeschoss).

Mädchen oder Frau
gesucht für täglich einige hundert
Widel und Zigarren zu machen.
Kriegsstrasse 258 part. 1000

Glas und Steingut

Bedarfsartikel für den Haushalt

Glas		Steingut	
Salatthüfeln „Oliven“ 6.25 5.75, 4.75, 2.95	1.95	Satz/hüfeln	19.75
Compotteller „Oliven“	1.75	Teller, tief oder flach, glatt	2.25
Salatthüfeln „Arthur“ 5.25 2.95, 1.95, 1.25	95	Teller, tief od. flach, gerippt	2.25
Likörservice, stell.m. Tabl.	17.50	Teller, tief oder flach Zwiebelmuster	2.85
Weingläser auf Fuß	2.50	Defferteller	2.25
		Tassen, weiss	1.35
		Tassen, bunt	1.95
		Walchgarnitur, 5 tell.	55.00
		Tortenplatten dek.m. Rand u. Griff 19.75	13.75
		Kuchenteller, bunt	8.25

Ausstellung und Verkauf im Lichthof. 8085

Geschw. Knopf

Bekanntmachung.
Som 21. ds. Mts. ab tritt
auf den Karlsruher Lokal-
bahnen eine Erhöhung
des Personentarifs ein.
Die Preistafeln sind auf
den Stationen zum Aus-
hang gebracht. 998
Karlsruhe 19. April 1920
Städtisches Bahnamt.

**Gründl. Gefang-
Unterricht**
wird erteilt pro Stunde
5 Mk., in und außer dem
Hause. Angebote unter
Nr. 3034 an d. Volksfreund-
büro erbeten.

Gründl. Unterricht
in Klavier, Französisch
Englisch wird erteilt, die
Stunde 2 Mk.
Anfragen sind unter
Nr. 3035 an das Volks-
freundbüro erbeten.

Ich zahle
für alte zerrißene
und unbrauchbare
Stiefel und Socken
12 Mk. per Pfd., zerrißene
wollene Kleider 3 Mk.
S. Knopf, Birkel 12.

**Schmucksachen
Pflandscheine
Weintraubs**
werden stets angekauft in
Kun- u. Verkaufsgeschäft
Kartgrafenstr. 25, Tel. 3747.
Kellerer, ruhiger Arbeiter
sucht einfach möbliert.
Zimmer.
Angebote unter Nr. 3021
an das Volksfreundbüro.

Wirtschaftsbüfett
eigen, sehr schönes Stiel,
verkauft billig
H. Guggenheim
Kun- u. Verkaufsgeschäft
Kartgrafenstr. 25
Telefon 4971. 3033

Gut erhaltener 3034
Kindervagen
zu verkaufen bei Hupp,
Luisenstr. 24, Hof rechts 1.

Neuer Anzug
für jungen Mann billig
zu verkaufen. 3030
Schäfer, Erdgrabenstr. 22, 3.

Metallbetten Stahl-
Ratzen-
Kinderbetten, Volker an
Jedermann. Katalog frei.
Rissmann, Labrit Subi. Th.

**Sozialdemokratischer Verein
Bezirk Oststadt.**

Mittwoch, den 21. ds. Mts., abends 7/8 Uhr.
im „Scheffelhof“ 3046

Komitee-Sitzung.
Alle Komiteemitglieder, Straßensprecher, Ver-
trauensmänner, sämtliche weibliche Mitglieder und
alle, welche bei den Wahlen mitarbeiten wollen,
werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Parteilosen und Genossinnen, die Wahlen er-
fordern alle Kräfte, darum komme jeder und erteile
seine Pflicht.
Der Obmann.

**Öffentliche
Eisenbahnerversammlung**

Mittwoch, den 21. April, nachmittags
4 Uhr im großen Festhallaesaal.

Tagesordnung:
„Die Forderungen des Eisenbahnpersonals
gegenüber der fortschreitenden Teuerung.“
Eisenbahner aller Kategorien erscheint in
Majestäts!
3001

Verband des Deutschen Verkehrspersonals.
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlfelle Karlsruhe.

Am Mittwoch, den 21. April, abends 8 Uhr,
findet im „Colosseum“, (Saal III), Waldstr. 16/18,
eine
Holzarbeiter-Versammlung
statt.
Tages-Ordnung:
„Bericht über die Tarifverhandlungen.“
Wir erlauben uns höflichstigen Besuch. Die Gläser
sind hiermit auch eingeladen. 3024
Die Ortsverwaltung.

Badisches Landestheater.

Dienstag, den 20. April 1920. 1000

Kameraden
Komödie in vier Aufzügen von A. Strindberg.
Anfang 7 Uhr. (Gr. Pr.) Ende 1/2 10 Uhr.

Diwan!
neue, in Blau, Lila,
und Stoffbezug billig
zu verkaufen. 3031
Polstermöbelhaus
H. Schöler, Schützenstr. 25.

Knaben-Anzüge
werden billig und
brompt angefertigt.
Marientstr. 40, 4. St. 1.

Durlach.

Geschäfts-Übernahme u. Empfehlung.
Der titl. Einwohnerschaft von Durlach und Umgebung, sowie
meiner werten Nachbarschaft zur gef. Kenntnis, daß ich das bisher von
Herrn Friedrich Weber, Kuertrasse 59, betriebene

**Kolonialwaren-, Wurst- und
Flaschenbier-Geschäft**

übernommen habe.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein meine werten Abnehmer
mit nur guter Ware reell zu bedienen und bitte um geneigten Zuspruch.
Hochachtungsvoll
S. Eggenberger.
NB. Gleichzeitig empfehle meine Zigarren und Zigaretten billigst.

Achtung! Achtung!
Versicherungs-Angestellte!

Mittwoch, den 21. ds. Mts., abends 7/8 Uhr.
im großen Saale des „Friedrichshofes“

**Öffentliche
Versammlung.**

Thema:
„Der Zentralverband und die Reichs-
tarifbewegung.“

Referent: Verbandsvorsitzender E. Siebel, Berlin,
Mitglied der Nationalversammlung.
Pflicht aller Versicherungsangestellten, ob organi-
siert oder unorganisiert, ist es, zu dieser Versamm-
lung zu erscheinen, damit Gelegenheit gegeben ist,
über alle strittige Punkte volle Aufklärung zu erhalten.
— Keiner darf fehlen. — 3025

**Zentral-Verband der Angestellten
Kategorie Versicherungsangestellte.**

**Arbeitnehmer-Verband des Freirei-
gewerbes.**

Zweigverein Karlsruhe.

Achtung! Achtung!
Mittwoch, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr,
im neuen Saal „Zur alten Linde“, Ecke Birkel-
und Adlerstrasse. 3022

Tages-Ordnung:
1. Der neue Landes-Tarifvertrag.
2. Antwort des Landeskommissärs in der
Lohnfrage.
3. Aussprache über neue Forderungen.
Um höflichstes Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Badische Heimat E. V.

Landesverein für Volkshunde, ländliche Wohl-
fahrtspflege, Heimatpflege und Denkmalspflege.

Eintrachtsaal
Mittwoch, den 21. April, abends 8 Uhr.
Saffnerstrasse halb 8 Uhr

Vortrag mit Lichtbildern
Herr Oberbauinspektor Schüler:
Das Murgewert bei Forbach
seine Entstehung und volkswirtschaftl. Bedeutung.
Für Mitglieder freier Eintritt bei Vorweisung
der ihnen zugesandten Einladungskarten.
Für Nichtmitglieder sind Karten für Saal,
nummerierte Plätze zu Mk. 2.- und Mk. 1.- und für
Galerie, nummerierte Plätze 50 Pf. zu haben bei
der G. Braunischen Hofbuchhandlung, Karl Friedrich-
strasse 14, Eingang links in den Schalterraum,
Küller & Gräf, Kaiserstrasse 80a, III. Stock & Cie.
Kaiserstrasse 89, sowie abends an der Kasse. 3016

Das Murgewert bei Forbach
seine Entstehung und volkswirtschaftl. Bedeutung.
Für Mitglieder freier Eintritt bei Vorweisung
der ihnen zugesandten Einladungskarten.
Für Nichtmitglieder sind Karten für Saal,
nummerierte Plätze zu Mk. 2.- und Mk. 1.- und für
Galerie, nummerierte Plätze 50 Pf. zu haben bei
der G. Braunischen Hofbuchhandlung, Karl Friedrich-
strasse 14, Eingang links in den Schalterraum,
Küller & Gräf, Kaiserstrasse 80a, III. Stock & Cie.
Kaiserstrasse 89, sowie abends an der Kasse. 3016